## Aufruf zum gemeinsamen Protest gegen Bildungs- und Sozialabbau

150 Personen aus fast allen von Kürzungen und Umverteilung von unten nach oben betroffenen Bereichen in Berlin planen eine gemeinsame Großveranstaltung und eine Demonstration am 13.12.2003. Dies ist der Auftakt für weitere gemeinsame Aktivitäten gegen die geplanten Kürzungen des Berliner Senats im Januar.

Am Sonntag, den 30.11.03, trafen sich über 150 Personen in der Humboldt-Universität aus fast allen von Kürzungen betroffenen Bereichen der Stadt. Unter den Anwesenden waren u.a. Vertreter des DGB, der GEW, des Landeselternausschusses (LEAK), der Landesschülerinnenvertretung (LSV), der Initiative für ein Berliner Sozialforum, die Studierendenvertreter der 3 großen Universitäten und VertreterInnen aus sozialen Projekten. Sie rufen zu einer gemeinsamen Auftaktdemonstration gegen die Kürzungspolitik in Berlin am Samstag, den 13.12.2003 in der Berliner Innenstadt auf. Der Protest wird im Januar gemeinsam weitergeführt. Folgende Erklärung wurde auf dem Treffen verabschiedet:

## Aufruf für gemeinsame Aktivitäten in Berlin gegen Bildungs- und Sozialabbau

Wir fordern vom Senat die Rücknahme aller geplanten Kürzungen im Berliner Haushaltsentwurf 2004/2005 im Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, sowie dessen bedarfsgerechte Ausstattung. Dies sind wichtige Entwicklungspotenziale der Stadt. Die öffentlichen Dienstleistungen und die öffentliche Infrastruktur müssen erhalten und für alle Menschen dieser Stadt zugänglich werden.

Wir fordern darüber hinaus eine Stärkung der öffentlichen Haushalte im Bund, in den Ländern und bei den Kommunen durch die Heranziehung der hohen Einkommen und der Gewinne von Vermögenden und Großbetrieben.

Der Berliner Doppelhaushalt 2004/ 2005 wird frühestens im Januar kommenden Jahres im Abgeordnetenhaus verhandelt. Schon jetzt streiken die Studierenden gegen diese Senatspolitik der Kürzungen und des gesellschaftlichen Umbaus, deren Protest wir unterstützen. Es kommt darauf an, dass in den kommenden Wochen der Widerstand von noch mehr gesellschaftlichen Gruppen solidarisch getragen wird. Der Senat muss unter politischen Druck gesetzt werden, damit die Richtung der Politik grundsätzlich geändert werden kann.

Wir rufen zu einer gemeinsamen Demonstration aller von Kürzungen und von Umverteilung von unten nach oben Betroffenen am 13.12.2003 auf. Die Demonstration beginnt an zwei Treffpunkten: 13 Uhr Brandenburger Tor und 14 Uhr Potsdamer Platz. Im Vorfeld der Demonstration wird eine gemeinsame Diskussions-/Protestveranstaltung mit Betriebsräten, VertreterInnen von sozialen Projekten und Studierenden organisiert.

ErstunterzeichnerInnen:

Rainer Wahls, Gerlinde Richter (HU Berlin), Annika Segelken, Dorothee Auerswald (AG Studis ohne Ghetto) (FU Berlin), Vernetzungsgruppe (HU – Institut für Rehabiltationswissenschaften), Michael Prütz, Tobias Baur, Axel Strasser, Rouzbeh Taheri, Michael Hammerbacher, Birger Scholz u.a.(Initiative Berliner Sozialforum), Jürgen Horn (Friedensinitiative Friedrichshain-Kreuzberg), W. Gerhard (Neue Einheit), LandesschülerInnenvertretung, KoKo-FU (Koordinationsgruppe), Kathrin Scheer (Leitungskollektiv der IG Metall-Jugend), Jochen Gester (AK Internationalismus der IG-Metall), SAV, fsi - Mathematik/ Informatik der FU, attac-berlin, attac-campus, Angela Klein (Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung) Felicia Rüger (Bündnis gegen Sozialabbau Pankow), Prof. Peter Grottian (FU – Berlin), isl, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, JungdemokratInnen/ Junge Linke, Katharina Neumann, Jana Tosch, Paul Büerschaper, Mirijam Menser, (HU-StudentInnen), Marko Stocks, Matze Gebert, Christian Arndt, Frank Zelazny, Andreas Rastalki (FU-Berlin vom 1 12 2003 u.v.a.

Das nächste Bündnistreffen findet am Sonntag, den 7.12.03 um 18 Uhr in der Humboldt-Universität (im Audimax) statt.

Wer diesen Aufruf unterstützen möchte, mailt bitte schnell an: Micha1506@web.de

Kontakt:

Michael Prütz (Initiative Berliner Sozialforum) Tel. 0172/ 916 98 00 Rainer Wahls (Aktionsrat HU) Tel. 0162/301 21 00 Michael Hammerbacher (Initiative Berliner Sozialforum) 0177/ 799 35 39